

10/86

Jetzt ist alles klar: Paragraph 116 verabschiedet Schluß mit der Konfrontation – Zurück zur Sachlichkeit

Der Bundestag hat am Donnerstag, 20.3.1986, die Neuregelung des Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP gegen die von SPD und Grünen beschlossen. In namentlicher Abstimmung votierten 265 Abgeordnete mit Ja und 210 mit Nein. Von den Berliner Abgeordneten stimmten elf mit Ja und neun mit Nein. Das Gesetz soll am 18. April abschließend im Bundesrat beraten werden.

In der Debatte erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: Über keinen Paragraphen ist mehr gesprochen worden als über den § 116.

Das Gesetz zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit ist sorgfältig vorbereitet. Seine Entstehungsgeschichte umfaßt den Zeitraum von beinahe zwei Jahren.

- Rechtsgutachten wurden eingeholt,
- Gespräche mit den Tarifpartnern geführt, darunter 4 Spitzengespräche,

HEUTE LESEN SIE:

● NRW-SPD

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die NRW-Landesregierung Rau aufgefordert, alle Aktenvorgänge im Zusammenhang mit dem gegen Bundeskanzler Helmut Kohl eingeleiteten Ermittlungsverfahren auf den Tisch zu legen. Seite 11

● FLICK

Auch diese Affäre ist eine Erblast der Regierung Schmidt. Seite 15

● SENIORENARBEIT

Die Bundesgeschäftsstelle stellt u. a. ein Senioren-Handbuch für die praktische Arbeit der CDU vor. Dazu Tips und Beispiele für die Seniorenarbeit. Seite 25–27

● DOKUMENTATION

Bericht zur Lage der Nation. Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl. Grüner Teil

CDU extra ausverkauft – Nach Ostern „neu“

400 000 Exemplare unserer Zeitung CDU extra „Ja – jetzt geht's voran“ sind binnen kurzer Zeit von den CDU-Verbänden geordert worden. Heute müssen wir sagen: ausverkauft! Aber keine Sorge: Sie brauchen auf Informationen über die

Erfolge der Regierung Helmut Kohl auch künftig nicht zu verzichten.

Eine neue Ausgabe von CDU extra ist in Druck.

Titel: Wir sind auf einem guten Weg in Deutschland.

Ab sofort können Sie bestellen: unter der Bestellnummer 2748 beim IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold.

Und auch dieses CDU extra ist genauso preisgünstig wie das letzte: nur 6 Pfennig kostet ein Exemplar.

■ drei volle Tage dauerte die Anhörung im Deutschen Bundestag; das ist mehr Zeit als die Anhörung zu allen 251 Paragraphen des Arbeitsförderungsgesetzes 1969 brauchte.

In kein Gesetz dieser Legislaturperiode ist mehr Anstrengung zur Einigung und Kraft für den Konsens investiert worden als in diesen Paragraphen 116. Die Einigung ist nicht an der Bundesregierung gescheitert. Inzwischen weiß man es: die IG Metall wollte den Krach. Sie bezeichnete unseren Gesetzentwurf bereits als Verfassungsbruch, als er noch gar nicht vorlag. Die Verurteilung war schneller als die Sache; denn das Urteil überholte den Fall. So entlarvt sich vorschnelles Urteilen als Vorurteil.

Es wird Zeit zur Verabschiedung dieses Gesetzes. Jeder Tag, an dem dieses Gesetz später verabschiedet würde, lieferte 24 Stunden mehr Zeit für Gesetzesblockade durch Unwahrheiten. Durch die heutige Verabschiedung schützen wir uns davor, Gesetze zu verhindern nach der Methode: Man muß Unwahrheiten nur oft genug wiederholen, um ihnen den Schein der Wahrheit zu beschaffen. Wir beugen uns nicht einer solchen Methode.

Der Zustand des DGB

Der Streit über den Paragraph 116 ist nicht nur eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung, sondern liefert auch das Material für eine Zustandsbeschreibung des DGB.

Es ist eine dreifache Enthüllung:

1. SPD-Abhängigkeit

Nie war der DGB fester in den Händen der SPD als heute. Gegen Formulierungen des § 116 im Jahre 1985 läuft der DGB heute Sturm. Nicht den Hauch eines Protestes, als die Große Koalition mit der Unterschrift Willy Brandts ein Gesetz

vorlegte, welches keinerlei Zahlung für vom Streik betroffene Arbeitnehmer vorsah. Kein Wort von „Anschlag auf die Demokratie“, kein Wort vom „Ende des Streikrechts“, „Handlanger des Kapitals“. Obwohl jetzt Kurzarbeitergeld für Streikfolgen in der Regel gezahlt wird und damals kein Pfennig. **Damals Ruhe. Heute Sturm! Wie erklärt sich das? Damals SPD in der Regierung. Heute CDU. So einfach ist des Rätsels Lösung.**

2. Gewerkschaftspolitische Verlegenheit

Der Streit zwischen IG Metall und Bundesanstalt für Arbeit ging 1984 um 200 Millionen DM Kurzarbeitergeld für vom Arbeitskampf indirekt betroffene Arbeitnehmer.

Schätzungsweise acht mal mehr haben die Gewerkschaften bisher für die Neue Heimat bezahlen müssen. Und das Geld ist nicht für den gemeinwirtschaftlichen Teil der Neuen Heimat zugeschossen worden, sondern für den „kapitalistischen“.

Deshalb schlage ich vor, daß der DGB seiner vorgesehenen Arbeitnehmerbefragung über den § 116 eine weitere Frage hinzufügt, nämlich die Frage: Kolleginnen und Kollegen, seid Ihr damit einverstanden, daß die Gewerkschaften Eure Beitragsgelder in Milliardenhöhe zur Sanierung der Neuen Heimat verwenden?

3. Einheitsgewerkschaft in Not?

Wie weit ist die Einheitsgewerkschaft heruntergekommen, wenn sie im Kampf gegen den § 116 sogar die Hilfe der DKP annimmt? Macht Haß blind? Ist ihr jetzt jedes Mittel im Eifer gegen die Bundesregierung recht? Gewerkschaftsfunktionäre sprechen auf DKP-Veranstaltungen. In Velbert, Kiel, Mettmann, Wuppertal . . .

Radunski: Das Verfassungsorgan hat entschieden – Der neue § 116 stärkt den sozialen Frieden

Nach der Verabschiedung des novellierten § 116 AFG im Deutschen Bundestag erklärte Bundesgeschäftsführer Peter Radunski:

Die CDU Deutschlands begrüßt die klare und eindeutige Entscheidung des Deutschen Bundestages. Das neue Gesetz sorgt für mehr Eindeutigkeit und damit für mehr Rechtssicherheit. Deswegen nutzt es dem sozialen Frieden. Die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften sind gesichert worden.

Nach einer intensiven und gründlichen Beratung, an der die Tarifparteien von Anfang an haben teilnehmen können, hat das Parlament als von allen Bürgern legitimiertes Verfassungsorgan entschieden.

Die CDU Deutschlands fordert den Deutschen Gewerkschaftsbund auf, künftig auf Desinformation und wahrheitswidrige Propaganda zu verzichten und zur sachlichen Diskussion mit der Bundesregierung und mit der CDU als größter Regierungspartei zurückzukehren. Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft ist zu wichtig, als daß er von jenen aufs Spiel gesetzt werden dürfte, die den DGB als Instrument des SPD-Wahlkampfes mißbrauchen.

Wie weit ist eigentlich die Geschmacklosigkeit schon gedeihen, wenn das Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, Helmut Teitzel, das Ostberliner FDGB-Propagandaorgan „Tribüne“ als Plattform seiner Angriffe gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung benutzt? Hat Teitzel eigentlich schon einmal von der Rolle des FDGB am 17. Juni 1953 gehört?

Das ist ein Verrat an der Idee der freien Gewerkschaften. Wo Kommunisten die Macht haben, kann über keinen § 116 gestritten werden. Dort gibt es nämlich nicht nur kein Kurzarbeitergeld für Streikfolgen, sondern überhaupt keinen Streik. Dort wandern streikende Arbeiter in Gefängnisse.

Merkte niemand, daß die Axt an die Einheitsgewerkschaft angelegt wird? Wer die Zeitung der IG Metall liest, weiß, daß

nicht Einheitsgewerkschaft die Feder führt, sondern blinder sozialistischer Fanatismus. Diesem Machtkampf des Sozialismus muß sich alles unterordnen, selbst die Wahrheit.

Hans Mayr, der Vorsitzende der IG Metall, muß sich am Ende seiner mit großen Leistungen und Verdiensten gekennzeichneten Gewerkschaftslaufbahn die traurige Frage gefallen lassen, ob er das große Erbe Otto Brenners verspielt hat.

Die Antwort auf diese Frage kann ihm das Agitprop-Blatt „Metall“ nicht abnehmen. Die muß er vor seinem Gewissen und der Geschichte der Arbeiterbewegung beantworten.

Die tieferen Ursachen

Hinter dem Streit über § 116 verbirgt sich ein tiefesitzendes Problem. Der Streik

gehört zu den vitalen Freiheitsrechten unserer Gesellschaft. In einer staatlichen Befehlswirtschaft gibt es keine Belästigung durch Arbeitskampf. Es gibt dort nicht die Last des Arbeitskampfes, aber auch nicht den Genuß der Freiheit. Streik ist der Preis einer freiheitlichen Gesellschaft.

Aber, so frage ich, ist Arbeitskampf im Jahre 2000 noch dasselbe wie 50 Jahre früher? Die Verflechtung der Wirtschaft hat zugenommen. Die wechselseitigen Abhängigkeiten der Betriebe sind größer geworden. Das hat die Produktivität unserer Gesellschaft gefördert, aber auch ihre Störanfälligkeit erhöht. An der richtigen Stelle angesetzt, kann der Arbeitskampf heute die Wirkung einer volkswirtschaftlichen Lawine erzeugen.

Kleine Ursachen — große Wirkung, das ist das Baumuster von „Minimax“. Minimax ist jedoch nicht nur eine Versuchung für Gewerkschaften. Auch Unternehmerverbände können mit Minimaxaussprüngungen die Gewerkschaften ausbluten. Jede Seite hat das Vernichtungspotential, welches ausreicht, den Kontrahenten k.o. zu schlagen. Angst breitet sich auf beiden Seiten aus.

Angst ist eine schlechte Basis für Tarifpartnerschaft. Sie ist der Stoff, aus dem Klassenkampf seinen Nachschub erhält. Was läge in einer solchen Situation näher, als daß die Tarifpartner sich wechselseitig die Angst nehmen, indem sie sich an einen Tisch setzen und sich auf neue Turnierregeln verständigen.

Wir brauchen die Kraft und den Mut zu einer neuen vertrauensbildenden Partnerschaft, in der beide Seiten wissen, daß sie aufeinander angewiesen sind.

Weder der neue noch der alte § 116 nimmt den Tarifpartnern diese Arbeit ab. Der § 116 beantwortet lediglich die Fragen, wann die Bundesanstalt für Arbeit

Geld zahlt infolge eines Arbeitskampfes. Aber mit der Reparatur der Folgen können die Ursachen nicht behandelt werden. Vielleicht ist die Heftigkeit der gegenwärtigen Auseinandersetzung auch das Ergebnis einer Verdrängung uneingeschlossener Unfähigkeit beider Tarifpartner, zu den Ursachen ihrer Schwierigkeiten vorzustossen. Und so entladen sich ihre Ängste in Aggressionen wider den Gesetzgeber. Aber er kann ihnen die Arbeit der Partnerschaft nicht abnehmen. So gleicht die gegenwärtige Situation jenem Bild zweier erschöpfter Boxer, die ineinander verklammert sind, während die Zuschauer den Schiedsrichter auspeisen.

Wir gehen keinem Problem aus dem Wege, das ausgeräumt werden muß. Der Weg des geringsten Widerstandes ist nicht die kürzeste Entfernung zum Ziel. Und die Lautstärke von Protesten ist kein Maßstab der Dringlichkeit von Problemen. Was als richtig erkannt wurde, muß durchgesetzt werden. Demokraten sind nicht Versandhäuser der Gefälligkeit, und der Staat ist nicht das Stellwerk der Gruppeninteressen. Die Wetterfahne ist nicht der Kompaß der Bundesregierung.

■ **Wir setzen auf den aufgeklärten Bürger, der sich seine Meinung aus Informationen bildet und nicht aus Propaganda.**

■ **Wir setzen auf die praktische Vernunft der Arbeitnehmer, die sich nicht von Ideologen den Blick vernebeln lassen.**

■ **Wir setzen auf die alte Tugend der Gewerkschaften, ihre Interessen hart zu vertreten, sich aber nicht vor den Karren des Klassenkampfes spannen zu lassen.**

So könnten die jetzigen Erschütterungen wie ein reinigendes Gewitter wirken und auch eine Chance zur Selbstbesinnung sein, an der sich alle beteiligen. Die Eskalation der Konfrontation hilft niemanden. Zurück zur Sachlichkeit. Auf diesem Boden sind wir jederzeit zur neuen Zusammenarbeit bereit.

Helmut Kohl: SPD geht es nur um den Machtwechsel

Im Verlauf der Auseinandersetzung griff auch Bundeskanzler Helmut Kohl in die Debatte ein. Er unterstrich, daß die in der Öffentlichkeit von DGB und SPD aufgestellte Behauptung, mit der Novellierung werde die Streikfähigkeit der Gewerkschaften angegriffen, falsch sei, und in den Bereich der Diffamierung des politischen Gegners gehöre: „Es geht in der Diskussion um den § 116 nicht mehr um eine politische Auseinandersetzung. Es geht um das Ziel eines Machtwechsels,“ sagte Kohl und an die SPD gewandt fügte der Kanzler hinzu: „Und dazu ist Ihnen nahezu jedes Mittel recht.“

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang auch ein Wort an die DGB-Gewerkschaften in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Aus gutem Grunde haben sich gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer aus den verschiedensten politischen Lagern aus der Erfahrung der Weimarer Zeit und des Dritten Reiches nach dem Krieg für die Einheitsgewerkschaft entschieden. Es waren Gewerkschaftsführer, die Konzentrationslager und Gefängnisse und innere und äußere Emigration in der Nazizeit überlebt hatten. Sie kamen ebenso wie aus den sozialistischen Erfahrungen und Traditionen der Weimarer Zeit auch aus der christlich-sozialen Bewegung. Die Gründung der Einheitsgewerkschaft, die Ära Böckler, wäre ohne dieses Zusammenklingen von großen Persönlichkeiten, die aus der Geschichte gelernt haben, die eine gemeinsame Zukunft bejaht haben, nicht denkbar gewesen.

Damit wurden Schlußfolgerungen aus der jüngeren deutschen Geschichte gezo-

gen. Wer nicht vom Haß verblendet ist, wer nicht die Fähigkeit des Zuhörens völlig verloren hat, der konnte eben in dem vorletzten Redebeitrag meines Freundes Adolf Müller beinahe physisch spüren, was es bedeutet, wenn ein Mann, der ein Leben lang für die Arbeiterbewegung gestanden hat, hier in dieser Weise zu Ihnen sprechen muß.

Sehen Sie, meine Damen und Herren von der SPD: Man kann in einer solchen Sachentscheidung mit äußerster Härte gegeneinander stehen, man kann gänzlich andere Standpunkte vertreten. Das gehört zum Wesen eines freiheitlichen Parlaments. Aber es muß doch Sie auch nachdenklich stimmen, wenn Sie die Organe, beispielsweise die Presseerzeugnisse der IG Metall aus den letzten Wochen nachlesen und dort nachlesen, in welcher Methode und Darstellungsform ein so um die Arbeiterbewegung so hoch verdienter Mann wie Norbert Blüm dargestellt wird.

Was wir hier lesen, die Art und Weise, wie hier der erfolgreichste Arbeitsminister in der Geschichte der Bundesrepublik dargestellt wird, zeigt doch, daß Sie zu einer sachlichen Auseinandersetzung gar nicht mehr fähig sind.

Wenn Sie die Jahre zurück überblicken seit dem 3. Oktober 1982, als Norbert Blüm sein Amt übernahm, und wenn Sie sehen, welch ein gewaltiges Werk, welch eine bedeutende Arbeitsleistung dieser vollbracht hat in der Sicherung der Renten, in den Fragen der Arbeitsförderung, in allen Bereichen, die soziale Sicherheit bedeuten, dann sollten Sie wenigstens einen Augenblick darüber nachdenken, daß er ja vor allem in dieser Regierung der Mann war, der das Desaster, das Sie hinterlassen haben, aufräumen mußte.

Zur Sache:

Jetzt ist alles klar

Danke Norbert Blüm!

Der Deutsche Bundestag hat die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in Arbeitskämpfen endgültig gesichert. Der neue § 116 AFG bringt Klarheit über die Rechte und Ansprüche der Arbeitnehmer in Arbeitskämpfen. Das stärkt den sozialen Frieden.

Die Arbeitnehmer werden es bald merken:
Die Beharrlichkeit und Unerschütterlichkeit von Norbert Blüm hat sich für sie gelohnt.
Wir fordern vom DGB: Schluß jetzt mit der Hetze. Informiert jetzt sachlich und ausführlich. Darauf haben die Arbeitnehmer ein Recht.

Der neue § 116 AFG stärkt den sozialen Frieden.

CDU



Offener Brief von Norbert Blüm an Personal- und Betriebsräte

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit am Donnerstag, 20. März 1986, folgenden offenen Brief an Personal- und Betriebsräte geschrieben:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der Bundestag hat das Gesetz zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit verabschiedet.

Damit besteht Klarheit: Mittelbar vom Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer erhalten in der Regel die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit. Nur wenn feststeht, daß der Arbeitskampf stellvertretend für sie mitgeführt wird und sie von seinem Ergebnis profitieren, ruhen die Leistungen und der sogenannten kalten Aussperrung wird ein Riegel vorgeschoben.

Gewerkschaften und Arbeitgeber müssen stark und unabhängig sein, um ihre Interessen selbst vertreten zu können. So will es unser Grundgesetz. Die Tarifautonomie kann aber nur gesichert werden, wenn der Staat sich nicht in Arbeitskämpfe einmischt.

Das alte Recht konnte die staatliche Neutralität im Arbeitskampf nicht mehr gewährleisten. Es war in Auslegungsstreit geraten. Bei Verabschiedung des Gesetzes im Jahre 1969 hatte der Gesetzgeber mit dem § 116 III eine Generalklausel formuliert und war davon ausgegangen, daß die Einzelheiten in einer Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit geregelt werden. Diese Anordnung aus dem Jahre 1973 ist jedoch rechtlich umstritten und kürzlich auch von einem Sozialgericht für rechtswidrig erklärt worden. Diese Auffassung

des Gerichts haben auch namhafte Rechtswissenschaftler vertreten. Dadurch ist eine Lücke entstanden.

Der Text des bisherigen § 116 ist zu unbestimmt und kann deshalb keine Rechtssicherheit schaffen. Auch der DGB hat diese Vorschrift 1969 als „unklar“ bezeichnet (DGB-Geschäftsbericht 1969–1971). Deshalb bestand Handlungsbedarf für eine Neufassung und Klärung.

Das neue Gesetz wurde gründlich vorbereitet und intensiv beraten. Es begann mit langen Gesprächen zwischen den Tarifpartnern und der Bundesregierung, deren Ergebnisse in den Gesetzentwurf der Regierung eingingen. Das Parlament hat drei Tage lang Wissenschaftler und Experten gehört. Wichtige Erkenntnisse dieser Anhörung wurden von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP zur weiteren Verbesserung des Gesetzentwurfes verwendet. Der DGB hat sich an diesen Bemühungen nicht beteiligt. Ihm war die Konfrontation mit der Bundesregierung offenbar wichtiger als die Interessenvertretung der Arbeitnehmer.

Das neue Gesetz bringt viele Vorteile für die Arbeitnehmer:

1. Es wird festgelegt, daß mittelbar von einem Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer außerhalb des Fachbereichs immer Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld erhalten. Das stand bisher nicht im Gesetz und war zwischen den Tarifpartnern umstritten.
2. Statt in einer allgemeinen Generalklausel werden die Fälle, in denen nicht gezahlt wird, jetzt eng beschrieben. Innerhalb des fachlichen, aber außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches ruht der

Leistungsanspruch ausschließlich bei einem stellvertretend geführten Arbeitskampf. Bisher wurde bereits dann nicht gezahlt, wenn der Arbeitskampf auf eine Änderung der Arbeitsbedingungen der mittelbar Betroffenen abzielte oder die Gewährung des Arbeitslosengeldes den Arbeitskampf beeinflussen würde.

3. Ein Ruhen des Anspruchs tritt nicht schon dann ein, wenn die Forderungen nach Art und Umfang gleich sind. Zusätzlich muß auch das Arbeitskampfergebnis für die mittelbar Betroffenen übernommen werden. Der bisherige § 116 ließ für die Arbeitnehmer schlechtere Interpretationen zu.

4. Es wird nun ausdrücklich im Gesetz definiert, wann eine Forderung als erhoben gilt. Der alte Paragraph 116 kannte diese Eingrenzung auf „erhobene“ Forderung nicht und war deshalb zu Lasten der Arbeitnehmer weiter auslegungsfähig.

5. Die Entscheidung, ob der Leistungsanspruch ruht, wird von einem Neutralitätsausschuß gefällt. Ihm gehören gleichgewichtig Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeber an. Vorsitzender ist der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit. Bisher entschied er allein, jetzt fällt die Entscheidung gemeinsam mit den Tarifpartnern.

6. Die Gefahr jahrelanger Rechtsstreitigkeiten ist gebannt. Gegen die Entscheidung des Neutralitätsausschusses kann unmittelbar vor dem Bundessozialgericht geklagt werden. Das gewährleistet schnelle Rechtssicherheit. Beschleunigt wird lediglich die Möglichkeit der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, gegen eine Entscheidung des Neutralitätsausschusses ein höchstrichterliches Urteil herbeizuführen. Das Klagerecht des einzelnen Arbeitnehmers bleibt davon unberührt. Er kann — wie bisher auch — durch alle Instanzen gegen die Entscheidung des Arbeitsamtes klagen.

7. Das Gesetz verstärkt die Nachweispflicht der Arbeitgeber, daß ein Arbeitsausfall Folge eines Arbeitskampfes ist. Kein Betrieb soll mehr die Möglichkeit haben, einen Arbeitsausfall nur vorzutäuschen und unter dem Vorwand eines angeblichen Ersatzteilmangels Arbeitnehmer „kalt auszusperren“.

Bei diesem Nachweis des Arbeitgebers ist auch eine Stellungnahme der Betriebsvertretung beizufügen; der Arbeitgeber ist verpflichtet, der Betriebsvertretung alle erforderlichen Angaben zu machen. Schließlich kann die Bundesanstalt auch selbst im Betrieb Ermittlungen anstellen. Das ist ein Riegel gegen die sogenannte „kalte Aussperrung“, den es bisher nicht gab.

8. Falls der behauptete Arbeitsausfall nicht Folge eines Arbeitskampfes ist, gibt es eine Vorleistungspflicht der Bundesanstalt für Arbeit. Sie zahlt zunächst einmal Arbeitslosengeld und holt sich dieses Geld dann von dem Arbeitgeber zurück, der seiner Lohnzahlungspflicht nicht nachkommt. Der Streit wird also nicht mehr auf dem Rücken der betroffenen Arbeitnehmer ausgetragen. Nach bisherigem Recht gab es diese Vorteile nicht.

Das neue Gesetz ist somit für die Arbeitnehmer besser als das alte. Es stärkt den sozialen Frieden, weil es für mehr Klarheit und Rechtssicherheit sorgt. Die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften werden gewahrt und gesichert.

Dem DGB ist nicht an Aufklärung gelegen; es geht ihm um Desinformation.

Ich frage die Arbeitnehmer: Ist Euch jemals gesagt worden, daß die Streitfrage des Paragraphen 116 in der gesamten Arbeitskampfgeschichte der Bundesrepublik überhaupt nur in drei Fällen eine Rolle gespielt hat — wobei die Gewerk-

schaften in einem Fall — nämlich 1978 — sogar damit einverstanden waren, daß mittelbar Betroffene bei nach Art und Umfang gleichen Forderungen kein Kurzarbeitergeld bekamen?

Ist Euch jemals gesagt worden, daß Paragraph 116 für alle Branchen, in denen bundesweite Tarifverträge gelten, nicht einmal eine theoretische Bedeutung hat: Also nicht für Bahn, Post, den öffentlichen Dienst, weder für das Versicherungsgewerbe noch für die Bauindustrie, weder für das Bankgewerbe noch für die Glasindustrie, weder für die Druckindustrie noch für die Schiffahrt?

Ist Euch jemals gesagt worden, daß bei einer Fernwirkung außerhalb des Fachbereiches immer Arbeitslosengeld gezahlt wird — selbst bei Forderungsgleichheit?

Ist Euch gesagt worden, daß die Automobilarbeiter immer Kurzarbeitergeld be-

kommen, wenn sie von einem Streik in der Stahlbranche betroffen sind? Daß die Werftarbeiter immer Leistungen der Bundesanstalt erhalten, wenn ein Zulieferbetrieb der Metallindustrie bestreikt wird? Daß es also selbst im Organisationsbereich einer Gewerkschaft eine Reihe verschiedener Fachbereiche geben kann und der Arbeitslosengeldanspruch nie fachbereichsübergreifend ruht?

Ich fordere den DGB und seine Gewerkschaften auf, sachlich über das neue Gesetz und die Vorteile für Arbeitnehmer zu informieren. Die IG Metall sollte aufhören, bei ihrer Stimmungsmache gegen die Bundesregierung Grüne und Kommunisten zu poussieren, und wieder zur Interessenvertretung der Arbeitnehmer in der Einheitsgewerkschaft zurückkehren.

Wir bleiben zur Zusammenarbeit bereit. Aber dazu müssen Desinformation und Demagogie jetzt vom Tisch.

Erziehungsgeld wird auf Sozialleistungen nicht angerechnet

Das am 1. Januar in Kraft getretene Bundeserziehungsgeldgesetz hat breite Zustimmung gefunden. Eine große Zahl von Schreibern zeigt dies. Auf Anforderung von Bürgern und Institutionen hat das Ministerium bereits 1,8 Mio. Informationen zu Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub verschickt.

Trotz der intensiven Information scheint es aber in einigen Fällen noch Unklarheiten zu geben. In den letzten Wochen haben Bürger geschrieben und angerufen, die eine Anrechnung des Erziehungsgeldes bei der Sozialhilfe, beim Bafög oder beim Wohngeld befürchten. Aus diesem Anlaß weist die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Rita Süss-

muth, darauf hin, daß Erziehungsgeld den Anspruch auf Wohngeld, Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe nicht verringert. Bei keiner Sozialleistung, die vom eigenen Einkommen oder dem der Eltern abhängig ist, darf das Erziehungsgeld auf das Einkommen angerechnet werden. So ist es ausdrücklich in § 8 Bundeserziehungsgeldgesetz geregelt.

Erfolg der CDS

Die französischen Wähler haben der Politik der Sozialisten eine bemerkenswerte Absage erteilt, erklärte Egon Klepsch, Vorsitzender der EVP-Fraktion. Ein herausragendes Ergebnis ist jedoch der große Erfolg unserer christdemokratischen Freunde des CDS, die die Zahl ihrer Sitze im Parlament verdoppeln konnten. Ihnen gilt unser ganz besonderer Glückwunsch.

Führende CDU-Politiker werden in den niedersächsischen Wahlkampf eingreifen

Die Leistungen und Erfolge der Regierung Helmut Kohl sollen als Beweis dafür herausgestellt werden, daß die Union die Kompetenz hat, die Zukunft positiv zu gestalten. Generalsekretär Heiner Geißler bezeichnete dies in Bonn vor den Geschäftsführern der CDU-Landesverbände sowie der Vereinigungen der Union als Hauptaufgabe der kommenden Monate.

Der Generalsekretär berichtete über den Stand der Beratungen in der Wahlprogrammkommission und begründete seine Ansicht, daß die nächste Bundestagswahl eine „Entscheidung über die grundsätzli-

che Richtung der deutschen Politik“ sein werde und daß die SPD nach allen seriösen Untersuchungen auf keinen Fall in der Lage sein werde, eine absolute Mehrheit zu erreichen.

Geißler und CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski sagten der CDU in Niedersachsen für den bevorstehenden Landtagswahlkampf die volle Unterstützung der Bundespartei zu. Radunski informierte die Geschäftsführer der Landesverbände und Vereinigungen unter anderem darüber, daß alle führenden CDU-Politiker mit einer Vielzahl von Veranstaltungen in den niedersächsischen Wahlkampf eingreifen werden.

Gute Nachricht für Verbraucher und Wirtschaft

Die Senkung der Leitzinsen um 0,5 Prozentpunkte ist im Interesse der Verbraucher und der Wirtschaft zu begrüßen. Die Bundesbank nutzt damit wie schon in der Vergangenheit vorhandene Zinssenkungsspielräume, die sich aus den hervorragenden Trends der letzten Wochen und Monate ergeben hatten, erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Reinholt Kreile.

Die Deutsche Mark hat ihre internationale Position weiter gefestigt, intern ist praktisch Preisstabilität erreicht: Wir verzeichnen eine Preissteigerungsrate von unter 1 Prozent. Die Zinsen sind bei uns und in anderen wichtigen Ländern auf dem Rückzug. In den USA ist der Kapitalmarktzins bei rd. 8 Prozent angelangt,

nachdem er im Durchschnitt des Dezember 1985 noch bei 9,3 Prozent lag. Der Zinsabstand zu den USA hat sich recht deutlich verringert. Diese günstigen Entwicklungen sind zum Großteil Ausfluß einer erfolgreichen, auch international gut abgestimmten Politik. Stabilität nach innen und außen zahlt sich aus und wird international als Erfolgsrezept akzeptiert. Die deutschen Zinsen haben sich in der letzten Zeit zugunsten der Verbraucher und der Wirtschaft zum Teil deutlich vermindert. Es ist zu erwarten, daß die Kreditwirtschaft auch weiterhin Zinssenkungsspielräume nutzt, damit alle Bürger die positiven Folgen einer konsequent betriebenen Stabilitätspolitik — praktisch Preisstabilität, fühlbare Steuersenkungen, reale Einkommenszuwächse und möglichst niedrige Zinsen — spüren.

Fragen an die Rau-Regierung:

Ist die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Bonn „politisch beeinflußt“ worden?

Das CDU-Präsidium hat die nordrhein-westfälische Landesregierung unter dem SPD-Kanzlerkandidaten, Ministerpräsident Johannes Rau, zu einer Stellungnahme zu der Frage aufgefordert, ob die Entscheidung der Bonner Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Bundeskanzler Helmut Kohl „politisch beeinflußt“ worden ist.

In der Präsidiumserklärung heißt es u. a.: In Anbetracht der öffentlich geäußerten Sorge, daß die Justiz zu Wahlkampfzwecken mißbraucht werden solle, richtet das Präsidium der CDU an die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen folgende Fragen:

1. Ist die Staatsanwaltschaft Bonn bei der Einleitung des Ermittlungsverfahrens gegen den Bundeskanzler auf Grund eigener Entscheidung tätig geworden?
2. Gab es Weisungen oder Einwirkungen übergeordneter Instanzen?
3. Ist die Entscheidung der Staatsanwaltschaft politisch beeinflußt worden — wann, durch wen und in welcher Form?

Die CDU Deutschlands erwartet von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen eine umgehende völlige Aufklärung.

Wir fordern die Sozialdemokraten auf, die Auseinandersetzung mit der CDU auf dem politischen Feld zu führen, Alternativen zur erfolgreichen Politik der Bundesregierung vorzulegen und darauf zu

verzichten, statt dessen juristische und publizistische Schleichwege zu wählen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Friedrich Bohl, erklärte dazu in Bonn, NRW-Ministerpräsident Johannes Rau sei zu Klarstellungen aufgefordert, nachdem der Kölner Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz zugegeben habe, das Ermittlungsverfahren sei auf seine Weisung, entgegen der Ansicht der zuständigen Bonner Staatsanwaltschaft, in Gang gesetzt worden.

Friedrich Bohl stellte folgende Fragen:

- Welche Veranlassung hatte Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz, die zuständigen Bonner Staatsanwälte gegen deren eigene Sachentscheidung zum Handeln zu zwingen?
- Wann wurde der NRW-Justizminister Krumsieck (SPD) von dem Abschluß der Meinungsbildung der Staatsanwaltschaft Bonn und wann wurde der Ministerpräsident Johannes Rau hierüber unterrichtet?
- Welche, wie oft und wo haben Gespräche zwischen Ministerpräsident Rau, seinem Justizminister Krumsieck, dem Leiter der Strafrechtsabteilung im Justizministerium, Prof. Kuhnert, und dem Generalstaatsanwalt Schmitz nach Abschluß der Meinungsbildung der Staatsanwaltschaft Bonn und vor der Entscheidung des Generalstaatsanwalts Schmitz stattgefunden?
- Gedenkt der SPD-Justizminister Krumsieck die Bonner Staatsanwaltschaft vor dem Vorwurf in Schutz zu nehmen?

men, sie habe pflichtwidrig gehandelt, weil sie nach eigener Überzeugung nicht gegen den Bundeskanzler ermitteln wollte.

■ In welcher Form — schriftlich oder mündlich — ist der Landesjustizminister Krumsieck, ein enger Vertrauter von Ministerpräsident Johannes Rau, seiner Dienstaufsicht, seinem Recht der Aufsicht und Leitung gemäß § 147 Gerichtsverfassungsgesetz, seinem Generalstaatsanwalt gegenüber nachgekommen?

Wenig glaubhaft ist es anzunehmen, daß Ermittlungen gegen das Verfassungsgesetz „Der Bundeskanzler“ vom Generalstaatsanwalt gegen den Willen der fachlich zuständigen Staatsanwaltschaft ohne Einschaltung der politischen Führung beschlossen werden. Dies gilt um so mehr, als nach den Erfahrungen mit der politischen Leitung der NRW-Justiz in Sachen Graf Lambsdorff man auf alles gefaßt sein muß.

PRESSESTIMMEN: Verräterische Äußerungen des Generalstaatsanwalts

Man muß sich fragen, was in seinem (Schmitz) Kopf vorgehen mag, daß er auf kritische Rückfragen mit juristisch doch gänzlich unqualifizierten Schlüssen reagiert. Hier spreizt sich einer, der ein schlechtes Gewissen hat; denn er spricht einen Vorwurf aus, der ihm noch gar nicht gemacht wurde, der sich aber nach einer nun zu erwartenden parlamentarischen Untersuchung der internen Vorgänge in der Justizverwaltung des Landes ergeben könnte. Um seinen Dienstherren aber von vornherein von jeglichem Verdacht der gesetzlich ja geradezu erforderlichen Beteiligung reinzuwaschen, ging Schmitz jenen verräterischen Schritt zu weit, der die Vermutung dann immer eher zu bestätigen geeignet ist. Er erklärte nämlich, das glatte Gegenteil sei der Fall, das Justizministe-

rium habe nach seiner jahrzehntelangen Erfahrung in dieser Sache eine geradezu einmalige Zurückhaltung gezeigt. Das wäre bei einem Verfahren gegen den Bundeskanzler ja schon eine Pflichtverletzung.

Bayrischer Rundfunk, 17. 3. 1986

Ungutes Gefühl

Es ist schwer vorstellbar, daß ein Generalstaatsanwalt sein Ministerium nicht über eine so brisante Anweisung zumindest informiert. Auch bekam er keine Gegenorder von dort. Da nützt auch nicht die glaubwürdige Versicherung, man habe allein, aus eigener Sacheinsicht gehandelt. Zurück bleibt das ungute Gefühl, daß hier mit sehr gemischten Karten gespielt wird.

Süddeutscher Rundfunk, 17. 3. 1986

Albrecht ist kein „schäbiger Verleumder“, als den ihn Oppositionsführer Vogel bezeichnete, weil er auf die politische Verantwortlichkeit der Landesregierung hingewiesen hat.

Donau-Kurier, 20. 3. 1986

Die Tendenzen verstärken sich, daß aus dem, was ein Fall Kohl zu werden schien, ein Fall der NRW-Justiz wird. Rau kann von dieser Entwicklung nicht unberührt bleiben. Er muß es letztendlich verantworten, daß sein Justizminister zehn Monate vor dem Wahltag die Einleitung eines diskriminierenden Ermittlungsverfahrens gegen seinen Widersacher Kohl veranlaßt.

Münchener Merkur, 20. 3. 1986

Neuer Ausbildungsrekord

Rund 874 500 Auszubildende lernen zur Zeit in den Ausbildungsbetrieben von Industrie, Handel, Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe. Dies geht aus einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei den 69 Industrie- und Handelskammern hervor. Damit bildeten die IHK-zugehörigen Betriebe 33 500 Auszubildende oder vier Prozent mehr aus als ein Jahr zuvor. Der Anteil der IHK-Betriebe an allen Ausbildungsverhältnissen betrage jetzt nahezu 50 Prozent.

Helmut Kohl:

Ich möchte, daß diese Verfahren fair und schnell entschieden werden

Bundeskanzler Helmut Kohl gab dem Zweiten Deutschen Fernsehen (Hopen) für die Sendung Heute-Journal am 14. März 1986 folgendes Interview:

Frage: Zwei Ermittlungsverfahren gegen den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Eines vielleicht sogar aus Weisung von oben. Haben Sie, Herr Bundeskanzler, es mit einer neuen Dimension in der innenpolitischen Auseinandersetzung zu tun?

Antwort: Herr Hopen, ich bin Hauptbetroffener, und ich habe einen hohen Respekt vor der Rechtspflege. Deswegen bin ich auch sehr zurückhaltend, wie Sie verstehen werden, mit meinem Urteil. Aber die Anzeige erfolgte von einem entschiedenen, manchmal sogar fanatischen politischen Gegner. Das weiß jeder. Es gab da das eine oder andere Unverständliche, was jetzt in der öffentlichen Diskussion ist. Dazu muß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Fragen endlich beantworten. Ich selbst will mich dazu nicht äußern.

Die zwei Verfahren gehen ja auf eine Anzeige zurück. Sie haben Bezug auf meine Aussagen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Bonn und in Mainz. Ich habe in beiden Aussagen und vor beiden Gremien in vielstündigen Aussagen und Diskussionen mit den Abgeordneten, die mich dort einvernommen haben, nach bestem Wissen und Gewissen ausgesagt. Ich sehe diesen Ermittlungen mit großer Ruhe entgegen. Mein einziger, wirklich dringender Wunsch ist, daß diese Ermittlungen zügig vorangetrieben werden und natürlich auch fair ablaufen.

Frage: Schon seit Adenauers Zeiten sind die Regierungschefs hier immer die Hauptzielscheibe der politischen Gegner. Haben Sie eine Erklärung dafür, daß es Ihren politischen Gegnern doch so relativ leicht fällt, Sie anzuschwärzen, Sie sogar gelegentlich als eine Belastung der Koalition erscheinen zu lassen?

Antwort: Ich glaube nicht, daß das so stimmt. Wenn Sie die demoskopischen Umfragen seit Adenauers Zeiten betrachten, werden Sie feststellen, daß Adenauer, Erhard, Brandt und Kohl immer wieder in einer Situation waren, daß sie bei den Umfragen über ihr Ansehen und ihre Anziehungskraft gelegentlich in einem Tief und hinter ihrer eigenen Partei waren. Das war bei Kurt-Georg Kiesinger anders. Das war der Kanzler einer Großen Koalition. Das war auch bei Helmut Schmidt anders.

Die Gründe sind ganz eindeutig. Man kann ohne jede Überheblichkeit sagen: Die von mir geführte Bundesregierung ist gegenwärtig die erfolgreichste Regierung in Europa. Das zeigt sich in allen wichtigen Daten der Wirtschaft, der sozialen Entwicklung, des Außenhandels und der Exporte. Das ist ja ein stabiles Land, es ist ein berechenbarer Partner.

Sie können ganz einfach sagen: Wenn eine Regierung nach einem solchen Desaster des Vorgängers, nach dem größten Tief auch im Bereich der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik 1982 in der Geschichte der Bundesrepublik, solche Erfolge hat, wird sie besonders angefeindet, und der Spitzenmann in einer besonderen Weise. Das muß man ertragen.

Ich war mir nach meiner Wahl darüber im klaren, daß dies eine harte, schwierige Wegstrecke ist. Aber ich versuche, meine Pflicht zu tun. Und ich werde selbstverständlich auch diese Herausforderung versuchen, durchzustehen.

Frage: Sie sind gerne Bundeskanzler geworden. Sie haben das Amt systematisch angestrebt. Sind Sie auch heute noch gerne Bundeskanzler?

Antwort: Herr Hopen, ich habe ein Problem mit dem Wort „gerne“. Ich tue gerne meine Pflicht. Und ich empfinde auch, wenn ich Pflicht versuche zu erfüllen, Freude. Dieses Gefühl habe ich immer mehr gewonnen.

Dies ist ein schwieriges Amt, das schwerste Amt, das die Bundesrepublik zu vergeben hat. Es bringt sehr viel Alleinsein, Einsamkeit und Eiseskälte mit sich und viele Anfeindungen. Damit habe ich gerechnet, auch am Tag meiner Wahl. Ich war ohne jede Illusion.

Aber es bringt auch sehr viel Sympathie und Zuneigung. Gerade in diesen für mich ja nicht ganz einfachen Tagen habe ich eine große Welle der Zuneigung immer wieder verspürt, in Wort und Schrift und in Briefen. Das ist ja auch ein Punkt, den wir eben schon kurz berührt hatten: Hier geht es nicht nur um das persönliche Schicksal des Helmut Kohl, sondern um die Autorität und das Amt des Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland. Das ist auch einer meiner Gründe, warum ich sage: Ich möchte, daß diese Verfahren jetzt fair und schnell entschieden werden.

Aber, um noch einmal auf den Kern Ihrer Frage zurückzukommen: Dies ist ein Amt, in dem man gestalten kann, in dem man etwas bewirken kann, in dem man etwas zum Guten verändern kann. Und das macht auch Freude. So sind Pflicht und Freude schon eng beisammen.

Vielleicht ist das Wort „gerne“ nicht das richtige. Aber Freude am Gestalten, Freu-

de am Pflichterfüllen, das möchte ich auch in diesem Amt bekennen, heute genauso wie am Tag meiner Wahl am 1. Oktober 1982.

Geißler: Klartext reden

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat Bayerns Justizminister August Lang (CSU) wegen dessen Attacke auf den bayerischen SPD-Spitzenkandidaten Karl-Heinz Hiersemann in Schutz genommen. Bei einer CSU-Kundgebung bestärkte Geißler Lang, so wie bisher weiterzumachen, „Klartext zu reden und zu sagen, was Sache ist“. Geißler hielt der SPD vor, ihre Jugendorganisation, die Jusos, würden an allen deutschen Universitäten nicht mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten zusammenarbeiten, wohl aber mit Spartakisten und Kommunisten.

Präsidium verabschiedet agrarpolitisches Konzept

Das Präsidium der CDU hat am Donnerstag, 13. März 1986, entsprechend einem Auftrag des CDU-Bundesvorstandes vom 3. März 1986 das „Agrarpolitische Konzept“ von CDU und CSU abschließend beraten und beschlossen. Unter Leitung des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, berieten die Mitglieder des Präsidiums über die redaktionelle Endfassung des Konzepts der Agrarkommission, das bereits in seinen grundsätzlichen Aussagen gebilligt und der Öffentlichkeit (siehe Uid 8/86) vorgestellt worden war.

Außerdem berichteten die der CDU angehörenden Ministerpräsidenten der Bundesländer dem Parteipräsidium über den aktuellen Stand der medienpolitischen Meinungsbildung.

Flick-Affäre – eine Erblast der Regierung Schmidt

Am Donnerstag, 13. März 1986, wurde im Deutschen Bundestag der Bericht des Flick-Untersuchungsausschusses debattiert. Dabei zog der Obmann im Untersuchungsausschuß, MdB Heinz Günther Hüsch, in seinem Abschlußbericht folgende Bilanz:

1. Die SPD-geführte Regierung Schmidt hatte in der Zeit von 1976 bis 1981 über mehrere Steuerstundungsanträge des Flick-Konzerns zu entscheiden. Die positiven Entscheide brachten dem Unternehmen Steuervergünstigungen in Höhe von rund 850 Mio. DM. Sie wurden gewährt, weil Flick 1,4 Mrd. DM aus dem Gesamterlös von 1,9 Mrd. DM wegen des Verkaufs von Daimler-Benz-Aktien an die Deutsche Bank nach § 6 b EStG und § 4 AIG reinvestierte. Mit diesen Steuerentscheiden hatten die Unionsparteien, die sich damals in der Opposition befanden und deshalb nicht zuständig waren, nichts zu tun. Zwei der von der Regierung Schmidt erteilte Entscheide wurden von der späteren Regierung Kohl wieder aufgehoben.

2. Während des Bescheinigungsverfahrens war die Regierung Schmidt auf mehreren Ebenen zahlreichen Einflußnahmen durch den Flick-Konzern ausgesetzt. Die Mitarbeiter des Konzerns unterhielten zahlreiche Kontakte zu Regierungsmitgliedern, aber auch zu den Beamten in den zuständigen Ministerien. Die auffällig häufigen Kontakte wurden gesucht, um die Begründetheit der Steueranträge darzulegen und sich für deren positive Bescheidung einzusetzen. Hierzu sah der Flick-Konzern Veranlassung, weil es massiven Widerstand innerhalb der SPD-Fraktion gab, der insbesondere durch die

SPD-Abgeordneten Böhme und Spöri bis in die Ministerien hineingetragen wurde und dort bis zur Aufforderung zum Rechtsbruch ging. Umgekehrt haben sich insbesondere Schmidt und seine Minister Apel und Matthöfer wie selbstverständlich auf die Anliegen Flicks ansprechbar gezeigt. Zudem hat es Schmidt nicht verstanden, die politischen Auswirkungen der Steuervergünstigungen zu erkennen und gemeinwohlverträglich zu gestalten. Mißverständliche „Wohlwollenserklärungen“ Schmidts zugunsten der Deutschen Bank, womit der Kritik vor allem aus den eigenen Reihen am zu großen Industriebesitz der Banken begegnet werden sollte, wurden im Flick-Konzern auch als positive Aussage im Hinblick auf die Steuervergünstigungen gedeutet. Widerspruch hiergegen hat es in der Regierung Schmidt nicht gegeben.

3. Im Zuge der Bescheinigungsverfahren, bei denen Apel und Matthöfer als jeweilige Finanzminister mit zu entscheiden hatten, sind Spenden in Millionenhöhe vom Flick-Konzern in den Bereich der SPD geflossen. Allein die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung kassierte 2,76 Mio. DM. Vom Flick-Buchhalter Diehl notierte Barzahlungen an namentlich genannte SPD-Politiker wie Brandt, Matthöfer, Lahnstein, Nau u. a. dürften mittelbar oder unmittelbar über die jeweiligen Schatzmeister der SPD, jedenfalls aber über den späteren Schatzmeister der Friedrich-Ebert-Stiftung, Alfred Nau, an die SPD gegangen sein.

Die Spendenflüsse stehen in engem zeitlichen und wohl auch sachlichen Zusammenhang von Gesprächen Schmidts, Apels und Matthöfers mit Flick und An-

gehörigen seines Konzerns. Diese auch die Steueranträge betreffenden Gespräche wurden vermittelt und organisiert von den Spendensammlern der SPD und Friedrich-Ebert-Stiftung Nau, Grunwald und Mommsen; sie nahmen sogar an den Gesprächen teil, obwohl sie zu den steuerspezifischen Fragen nichts beizutragen hatten. Vor allem das „Jagdhütten-Gespräch“, das in der Flickschen Jagdhütte im sauerländischen Scharfenberg gelegentlich des SPD-Parteitages 1976 in Dortmund stattfand, macht exemplarisch deutlich, wie sehr sich die Regierung Schmidt mit Flick und den SPD-Spendensammlern eingelassen hat. Dieses als „Versöhnungsgespräch“ bezeichnete Treffen zwischen dem anfänglichen Flick-Antragsgegner Apel, Flick selbst und Grunwald kam zustande, nachdem einen Monat vorher eine Million DM an die Friedrich-Ebert-Stiftung vom Flick-Konzern gezahlt worden waren. Wieder einen Monat vorher hatte sich Schmidt mit Flick auf Veranlassung von Nau und in dessen Gegenwart getroffen.

4. Hierdurch und durch eine Vielzahl ähnlich gelagerter Vorfälle hat die SPD zumindest den Schein der Korrumperbarkeit gesetzt. Die Vorgänge belegen eine zunehmende Empfänglichkeit der SPD für Spenden und ihr ständiges Bemühen, sich dem Kapital und seinen Vertretern zu nähern. Daß sich dieses Verhalten gerade vor dem Hintergrund der laufenden Bescheinigungsverfahren abspielte, macht den eigentlichen Skandal aus. Die Flick-Affäre ist deshalb eine SPD-Affäre. Sie ist eine Erblast aus der Zeit der Regierung Schmidt. Den Schaden trägt die ganze Republik.

5. Der Versuch der SPD — die Debatte im Deutschen Bundestag vom 13. März 1986 ist ein weiterer Beleg hierfür —, von diesen Vorgängen durch unzulässiges Ausweiten des Untersuchungsauftrages

auf Spendenvorgänge bei den nicht entscheidungsbeteiligten Unionsparteien abzulenken, zeugt von mangelnder Selbstkritik und hartnäckiger Unaufrechtheit. Der Ruf der SPD nach Aufklärung wird zudem dadurch unglaublich, daß sie nicht bereit war und ist, eigenes Spenderverhalten offenzulegen, obwohl Zusammenhänge zum Untersuchungsthema „Steuerstundungsanträge Flick“ erkennbar und sogar wahrscheinlich sind:

- Bis heute ist ungeklärt, woher die Millionen etwa aus den Kanzlerfonds 1976 und 1980 stammten, aus denen sich z. B. Brandt, Bahr, Schmidt, Glotz, Vogel, von Dohnányi und Wischnewski z. T. gegen Quittung reichlich bedienten.
- Bis heute ist ungeklärt, welche Wege die Flick-Gelder an die Friedrich-Ebert-Stiftung genommen haben (z. B. Iberische Halbinsel, Israel).
- Bis heute ist ungeklärt, welche Funktion die Arbeiterwohlfahrt, die Neue Heimat, die Bank für Gemeinwirtschaft, die übrigen gewerkschaftseigenen und die staatlichen Unternehmen wie etwa HeLaBa bei der Finanzierung der SPD hatten und haben.

Diese und andere Vorgänge sind auch deshalb unaufgeklärt geblieben, weil sich die Herren Brandt, Halstenberg & Co. an nichts erinnern konnten oder wollten, was für sie und ihre Partei hätte unangenehm werden können. Sie haben sich nur auf die Verschwiegenheit des Alfred Nau bezogen, der angeblich alle Finanzheimnisse mit ins Grab genommen hat.

- 6. Mit ihrer unzulässigen Ausweitung des Untersuchungsauftrages hat sich die SPD außerdem ins Fahrwasser der Grünen manövriert, denen es weniger um die Erhellung von Einflußnahmen auf das Bescheinigungsverfahren ging, sondern vielmehr darum, den Ausschuß für einen Frontalangriff gegen die Repräsentanten

Justiz sieht keinen Anlaß, gegen Diepgen zu ermitteln

Gegen den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, wird im Zusammenhang mit der Bestechungssaffäre um den Bauunternehmer Kurt Franke kein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, haben „eingehende Erhebungen“ zu dem Ergebnis geführt, daß aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen kein Anlaß zur Einleitung strafrechtlicher Ermittlungsverfahren gegen Diepgen, den Umweltse-nator Horst Vetter (CDU) sowie den Bun-destagsabgeordneten Klaus Kittelmann (CDU) und das Mitglied des Abgeordnetenhaus-es, Gottfried Wurche (SPD), be-stehে.

Militärbischof rügt Verhalten von zwei Pastoren

Soldaten haben nach Auffassung des evangelischen Militärbischofs Heinz-Georg Binder (Bonn) das Recht, bei kirchlichen Amtshandlungen die Uniform zu tragen. Binder nahm damit Stellung zu den Bedenken zweier Bremer Pa-toren, einen Feldwebel in Uniform zu

Fortsetzung von Seite 16

dieses Staates und den demokratischen Staat selbst zu mißbrauchen. Das vom Abgeordneten der Grünen gefertigte Sondervotum zum Bericht des Untersuchungsausschusses ist ein übles Machwerk, das sich vor allem durch Unterstellungen, Unkorrektheiten und unhaltbare Beweiswürdigungen auszeichnet. Die Union wird sehr wachsam sein müssen gegenüber jenen, die Hand anlegen wollen an unsere Demokratie. Auch das lehren die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses.

EAK-Bundestagung vom 18. bis 20. April in Hannover

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) lädt zu seiner 27. Bundestagung vom 18. bis 20. April in Hannover, Eilenriede-Halle, ein. Das Motto heißt: „Um der Menschen wil- len — Evangelische Christen und die Soziale Marktwirtschaft.“

Sprecher an der öffentlichen Schluß-kundgebung sind neben Ministerpräsident Ernst Albrecht und dem CDU-Landesvorsitzenden Wilfried Hassel-mann auch Bundeskanzler Helmut Kohl.

trauen. Die Pressestelle des Bundesvertei-digungsministeriums hatte darüber hin-aus berichtet, ein Panzergrenadier aus Hemer (Westfalen) sei veranlaßt worden, seine Uniform gegen eine Ziviljacke aus-zutauschen, als er in der evangelischen Gnadenkirche in Duisburg-Neumühl ge-traut werden wollte.

Militärbischof Binder erklärte gegenüber dem Evangelischen Pressedienst (epd), es gehe den betreffenden Pfarrern offen-kundig um eine Demonstration ihrer per-sonlichen Überzeugung. Mit einem solchen „schroffen Verhalten“ erreichten sie je-doch das Gegenteil von dem, was ein Seelsorger anstreben sollte: nämlich Nachdenklichkeit und das Gespräch.

Binder sagte, durch die Verweigerung ei-ner Trauung in Uniform grenze der Pfarrer einen anderen Menschen aus. „Wenn ein evangelischer Christ kommt, der die Überzeugung vertritt, daß er mit seinem Beruf als Soldat dem Frieden am besten dient, so muß dies meiner Überzeugung nach vom Pfarrer respektiert werden, auch wenn er die Auffassung nicht teilt.“

Die Republik lässt sich hanseatisch verkohlen

Mit der beispiellosen Journalistenhatz zweier Magazine auf Bundeskanzler Helmut Kohl beschäftigt sich ein Artikel in den „Westfälischen Nachrichten“ vom 15. März 1986, den wir an dieser Stelle vollständig wiedergeben.

Ob es — wie der Kanzler mutmaßt — die „Eröffnung einer Schlammschlacht“ ist, sei dahingestellt. Eine Sauerei ist es auf jeden Fall. Denn selten zuvor ist ein Politiker derart mit dem Holzhammer hanseatischer Magazinjournalisten bearbeitet worden, wie derzeit Helmut Kohl. Jede Woche Sänge — und jede Menge. Kein Zweifel: Die Herren Augstein (Spiegel), Winter (Stern) und ihre Adlaten möchten den Kanzler anprangern, abhaltern, ihn der Lächerlichkeit preisgeben und vorzeitig kaputt machen. Rau(h), aber herzlos.

Noch nie ist die Republik derart „verkohlt“ worden wie diesmal bei der konzertierten hanseatischen Journalistenhatz — pausenlos wird derzeit in Sachen Bundeskanzler intrigiert, demonstriert, abqualifiziert, kolportiert. Aus Unterstellungen werden Behauptungen, aus Vermutungen Tatsachen — Hauptsache, es paßt ins Bild. „Es ist inzwischen ein Nationalsport geworden, Politiker an den Pranger zu stellen“, sagt Norbert Blüm und wirft gleichzeitig die Frage auf: „Wohin wird diese publizistische Geilheit noch führen, die nichts als ihre eigenen Vorurteile enthüllt?“ Zunächst führt sie in den Nebel und in die Watte. Denn was „Spiegel“ und „Stern“ seit Monaten an Seitenhieben, Sticheleien, Negativismen und Miesmacherei über den Kanzler aus ihren Köchern lassen, ist von einer dreisten Einseitigkeit, die jedes Klarbild verwischen muß. Für den Stern ist Kohl der „Mann mit dem Bären in der Tasche, das ihm

Gönner an der Steuer vorbei zuschoben“, der „Spiegel“ bezeichnet ihn schlichtweg als „Minus-Kanzler“. Wenn stimmen würde, was die hanseatischen Quer- und Tiefschläger so gern als stimmig verkaufen möchten, dann dürfte Kohl nicht im Kanzlersessel sitzen, sondern müßte längst als Mumie im Regierungskeller liegen — so dreckig geht es uns angeblich, so schlecht regiert der Mann und so mies ist sein charakterliches Psychogramm. Wie schreibt der „Stern“: Es lasse sich kaum daran deuten, „daß Kohl es mit der Wahrheit nicht besonders genau genommen hat“. Die Frage sei nur, ob der Bundeskanzler bei der brenzligen Einvernahme durch zwei Untersuchungsausschüsse „gleich zweimal von gänzlichem Gedächtnisschwund heimgesucht wurde oder vorsätzlich gelogen hat“. Nein, da ist der „Stern“ nicht pingelig. In dem er die Möglichkeit einer vorsätzlichen Kanzler-Lüge andeutet, hat er Kohl da, wo er ihn offensichtlich gern haben möchte — im abgrundtiefen Sumpfgebiet politischer und menschlicher Schlechtigkeit. „Stern“-Chefredakteur Winter setzt noch eins drauf: Der liebe „Stern“-Leser solle doch ja nicht glauben, daß der „Stern“ mit hämischer Freude recherchiere. Das sei nur die abwegige Vorstellung, die der Herr Dr. Kohl vom kritischen Journalismus habe, „den er — feiner Herr — Kloakenjournalismus nennt, weil er gar nicht begreift, wer in diesem Land strengen Geruch verbreitet“. Das muß ausgerechnet der Chefredakteur eines Blattes sagen, das vor Jahr und Tag unter dem Gespött der Weltöffentlichkeit mit seinen gefälschten „Hitler-Tagebüchern“ voll in die eigene Kloake fiel und dabei ein leuchtendes Beispiel für miesen Scheckbuch-Journalismus und noch miesere Recherchierkunst gab. Seitdem ist

vielen der moralische Zeigefinger des „Stern“ ziemlich schnuppe. Zu Recht. Und der „Spiegel“? Der kommt schon seit mehr als zehn Jahren mit Kohl nicht klar — solange schon besteht zwischen den beiden „Sendepause“. Seitdem hat der „Spiegel“ Kohl am Wickel wie noch keinen anderen zuvor — Woche um Woche Holzhammer. So ortete er ein Jahr nach der Wende (am 3. Oktober 1983) bereits einen „kraft- und entschlüflosen Kanzler“, der in seinem Amtszimmer sitze, „die Beine auf den Tisch gelegt, berieselt von Stereomusik, in glücklicher Selbstverliebtheit“. Da muß wohl einer von Klein-Augsteins Leuten bei Gartenzwergen recherchiert haben — Insider wissen, daß Kohl sich nicht derart lämmelt. Auch ist er kein Faulpelz oder Zauderer, wie der „Spiegel“ (Beispiel 5. Dezember 1983): „In der Stunde der Not besann sich Helmut Kohl auf die Quellen seiner Kraft — Nichtstun, Aussitzen, Zeit gewinnen“) dem Volk immer weismachen will. Aber, was soll's: Der „Spiegel“ hat sich in den letzten Jahren nie beirren lassen, auf den Kanzler einzuschlagen. Nacheinander attestierte er Kohl „Führungschwäche“ (3. September 1984), „Kuddelmuddel, typisch Kohl“ (19. November 1984), „außenpolitisches Versagen“ (25. Februar 1985), „Dilettantismus“ (3. Oktober 1983), „Konzeptionslosigkeit“ (5. Dezember 1983), „Besserwisserei“ (19. November 1984), „mangelnde Durchsetzungsfähigkeit“ (10. Juni 1985), „fehlende Disziplin im Denken und Handeln“ (5. Dezember 1985) sowie die Behauptung „Die Macht, die sogenannte, hat ihn korrumptiert“ (24. Februar 1986), „Spiegel“-Bilanz nach drei Jahren Regierungszeit: „Helmut Kohl, ein Minus-Kanzler“. Rudolf Augstein bringt das auf den Nenner: „Der Mann der geistig-moralischen Wende fordert durch seine Dickseligkeit, ja durch seine Aufsässigkeit gegen jede argumentative Kraft dazu heraus, seine gemeingefährliche Heuchelei zu entlarven.“ Wie bitte?

Wenn es irgend jemanden zu entlarven gilt, dann sind das in erster Linie jene, die bis heute die Wende nicht verkraftet haben, weil sie ihnen partout nicht ins Konzept paßte: Die Hamburger Magazin-Motzer. Sie verteufeln die Regierung, versuchen die Koalitionsluft zu verpesten und möchten den Kanzler „abschießen“ — am liebsten heute noch. Denn das Wasser steht ihnen bereits bis zur Nasenspitze: Wenn nämlich die so überraschend erfolgreichen Konservativen mit ihrem liberalen Partner auch die nächste Bundestagswahl gewinnen, „dann bleiben die am Drücker bis ins nächste Jahrtausend“ (so Herbert Wehner). Und dann guckt der „Spiegel“ weiter in die Bonner Röhre.

„Tatsache ist, daß das einst mit Recht renommierte Magazin seit der Bonner Wende in einer Krise steckt“, so heißt es in der Ulmer Südwestpresse. „Während unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts die Bonner Spiegel-Redaktion von Presseamts-Staatssekretär Klaus Bölling persönlich informiert wurde (die Redaktion mußte sich nicht selbst bemühen, Bölling marschierte artig in ihr Büro), sind jetzt die Schotten dicht. Das Magazin hat keinen Fuß mehr im Kanzleramt . . . und muß sich die Informationen kaufen.“ Die Folge: „Nicht nur die Bonner Redaktion, das ganze Magazin stolpert zunehmend — vom eigenen Ruhm geblendet — von einer Fatalität in die andere.“

Das sollten sich vor allem so manche Unionschristen merken, die vor lauter „Spiegelgläubigkeit“ nicht merken, wie sie hanseatisch „verkohlt“ werden. Die Lage ist — auch nach den beiden Anzeigen Schillys — keineswegs so, daß man gleich den „Kohl ins Korn“ werfen sollte. Im Gegen teil: Optimismus ist angezeigt. Denn Tatsache ist: „Die Ost-West-Großwetterlage klärt auf, die Wirtschaft zieht an, die Inflation ist gebremst.“ Wer das behauptet? Der „Spiegel“. Wörtlich und am 24. Februar 1986. Was lehrt uns das: So mies kann dieser Kanzler wohl doch nicht sein.

Schluß mit dem Kommentar-Monopol für die SPD in Sachen Rau

Die Zeiten sind vorbei, da in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nach den Grundsätzen verfahren wurde, daß die Kommentare zu aktuellen politischen Ereignissen nach den journalistischen Regeln der Ausgewogenheit zu sprechen sind. Daß dieser Kodex von der rot-grünen Mehrheit in den Funkredaktionen täglich außer Kraft gesetzt wird, kann jeder miterleben, der Ohren hat zu hören, stellt Walter Brückmann, Chefredakteur Deutsches Monatsblatt, fest.

Besonders problematisch für die demokratische Meinungsbildung wird dieser einseitig linke Meinungsjournalismus bei TV-Sendungen mit Millionen-Publikum. Dort sollte eine besondere Sorgfalt im Umgang mit dem Wort angezeigt sein. Aber die Beispiele häufen sich, wo etwa Redakteure im Rahmen der „Tagesthemen“ Kommentare von sich geben, die mehr dem Zweck der demagogischen Aufmunterung als der Erhellung von Hintergründen dienen.

Natürlich, Polemik als Würze in der politischen Auseinandersetzung gehört dazu. Auffällig ist nur, daß ganze Breitseiten solcher Polemik immer nur in eine Richtung gefeuert werden und daß bestimmte Kommentatoren immer nur zu bestimmten Themen auf der Mattscheibe erscheinen. So werden wir des zum WDR gerechneten Walter Erasmy neuerdings immer dann teilhaftig, wenn es um die nordrhein-westfälische Landesregierung und deren Chef, SPD-Kandidat Rau, geht. Und Erasmy ist ein besonderer Genuß. Übertreffen sich schon etliche WDR-Kommentatoren in ihrem sozialdemokratischen Eifer, so erreicht Erasmy diesbe-

züglich einsame Spitze. Wie er seinen Herrn und Meister Rau herauszupauken versucht, darf als eine reife politische Leistung angesehen werden. Nur: Mit den Ansprüchen auf fairen Umgang mit den Tatsachen hat das nichts zu tun.

Den Vogel schoß der WDR-Redakteur am vergangenen Freitag ab, als er sich mit Vehemenz gegen die von der CDU geäußerten Befürchtungen, vorgesetzte Stellen hätten ihre Hände bei der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Bundeskanzler im Spiel, zur Wehr setzte. Er tat es so heftig, daß es ihn verdächtig machte. Des Kommentators Pech war, daß seine Entrüstung nur zwölf Stunden vorhielt. Bereits am nächsten Tag gab der Kölner Generalstaatsanwalt nämlich zu, daß die Bonner Staatsanwälte sich gegen die Eröffnung eines Verfahrens ausgesprochen und er die Weisung zu einer Einleitung gegeben hatte.

Es steht also die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen des merkwürdigen Verhaltens der Staatsanwaltschaft zur Debatte und da plustert sich der WDR-Kommentator auf; als seien die vom CDU-Präsidium gestellten Fragen aus der Wahlkampfsluft gegriffen. .

Umgekehrt ist es richtig: Die SPD und ihr zuzurechnende Redakteure in ARD-Anstalten haben voll auf Bundestagswahlkampf geschaltet. Sie werden der Öffentlichkeit noch mehr solcher einseitigen SPD-Attacken vorsetzen, wenn man sie weiterhin gewähren läßt. So stellt sich beispielsweise die Frage nach der internen ARD-Regelung, wie über die tägliche Kommentarbesetzung entschieden wird. Werden etwa alle im Zusammenhang mit der NRW-Landesregierung und dem

Farthmann (NRW-SPD) will Steuersenkungen rückgängig machen

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im nordrhein-westfälischen Landtag, Friedhelm Farthmann, hat die „Rücknahme aller seit 1983 erfolgten Steuersenkungsmaßnahmen“ empfohlen, falls die Sozialdemokraten wieder die Regierungsverantwortung in Bonn übernehmen sollten. Steuersenkungen würden nur die Einkommen und das Vermögen der Besser verdienenden „steigern“, begründet Farthmann seine Forderung in einem vertraulichen „Thesenpapier zur Wirtschaftspolitik“, heißt es im „Bonner General-Anzeiger“.

Ferner spricht sich Farthmann für die Anhebung der Mineralölsteuer und eine zeitlich befristete Ergänzungsabgabe der Besser verdienenden aus. Außerdem verlangt er eine „angemessene Belastung der hohen Einkommen“, den Abbau von Steuerprivilegien sowie die „Durchsetzung der gesetzlich bereits existierenden Quellensteuer auf hohe Zinsgewinne“.

SPD-Kandidaten auftauchenden Kommentarthemen in den „Tagesthemen“ automatisch vom WDR wahrgenommen — so wie etwa der SFB immer dann mit dem Kommentieren dran ist, wenn es um deutschlandpolitische Fragen geht? Sollte das der Fall sein, dann wäre das einseitig und unausgewogen. Dann hätte die SPD bis zum Wahltag ein stillschweigend eingeräumtes Kommentar-Monopol aus der unmittelbaren Umgebung des SPD-Kandidaten. So geht es natürlich nicht. Erasmy soll ruhig weiter zur Freude der Baracke seine Kommentare sprechen. Aber es muß Schluß sein mit dem Kommentar-Monopol der SPD in Sachen Rau.

Wenn es noch eines Beweises für die wirtschaftspolitische Kopflosigkeit der SPD-Opposition bedürfte — die Anmerkungen von Prof. Farthmann zur Rolle der Marktwirtschaft haben ihn erbracht, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Hansheinz Hauser** (Krefeld).

Wir müssen Herrn Farthmann dankbar sein dafür, daß er den völligen wirtschaftspolitischen Kursverlust seiner Partei erneut eindrucksvoll belegt. Eine wirtschaftspolitische Alternative dieser Partei zum Regierungskurs ist nicht zu sehen. Auch in diesem Bereich wird sie ihrer Aufgabe als Opposition nicht gerecht. Sie will zurück zur Volksbeglückung mit geliehenem Geld zum Schaden der Wirtschaft, zum Schaden vor allem aber der Arbeitnehmer und derjenigen, die Arbeit suchen.

Spanier stimmten für eine Linie der politischen Vernunft

Die spanischen Wähler, die sich mehrheitlich für den Verbleib ihres Landes in der NATO entschieden, haben für eine Linie der politischen Vernunft gestimmt. Ihr Votum folgte auf eine sehr schwierige Auseinandersetzung zwischen den demokratischen Kräften Spaniens, die stark von innenpolitischen Problemen geprägt war. Es darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß es nicht die sozialistische Partei, sondern eine christdemokratisch bestimmte Regierung gewesen war, die das Land in die NATO geführt hatte. Die jetzt von den Wählern getroffene Entscheidung, die wir begrüßen, bedeutet nicht nur eine Stärkung des westlichen Verteidigungsbündnisses, sie erleichtert auch die Integration Spaniens in die Europäische Gemeinschaft, erklärte EVP-Fraktionsvorsitzender **Egon Klepsch**.

Universitäten sind keine demokratie- und rechtsfreien Räume

In der Mensa der Bonner Universität fand vom 7. bis 9. März 1986 anlässlich des 35jährigen Bestehens des Rings Christlich-Demokratischer Studenten die 39. Bundesdelegiertenversammlung (BDV) des damit ältesten politischen Studentenverbandes der Bundesrepublik Deutschland statt. Die Delegiertenversammlung des aus 87 Hochschulgruppen und über 6500 Mitgliedern bestehenden Verbandes stand unter dem Leitthema „Perspektiven der Akademikerbeschäftigung — Herausforderung an die Soziale Marktwirtschaft“.

Bei den Wahlen zu dem aus drei Mitgliedern bestehenden Bundesvorstand des RCDS wurden der bisherige Bundesvorsitzende, Christoph Brand, sowie sein Stellvertreter und Bundesschatzmeister des RCDS, Jürgen Erbach, wiedergewählt; für den bisherigen stellvertretenen Bundesvorsitzenden Jörg Debatin, der nicht mehr zu einer Kandidatur zur Verfügung gestanden hatte, wurde die 23jährige Kölner Jura-Studentin Amrei Schulte-Kellinghaus in den Bundesvorstand gewählt.

Während der Bundesdelegiertenversammlung hatte der CDU-Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, eine Rede zum 35jährigen Bestehen des RCDS-Bundesverbandes gehalten, in der er den RCDS als den einzigen Ansprechpartner der CDU im studentischen Bereich bezeichnete. Helmut Kohl führte u. a. unter starkem Beifall der Delegierten aus: „Ich demonstriere heute hier mit dem RCDS für eine Hochschule der Meinungsfreiheit und der Toleranz — eine Hochschule ohne Denkverbote und Indok-

trination. Unsere Universitäten dürfen keine demokratie- und rechtsfreien Räume werden, in denen einige wenige Feinde unserer rechtsstaatlichen Ordnung nach Belieben agieren können.“ In der Diskussion mit den Delegierten unterstrich der Bundeskanzler den Parteitagsbeschuß der CDU von 1981, wonach bis zum Jahr 1990 eine Verkürzung der gymnasialen Schulzeit von 13 auf 12 Jahre erfolgen soll.

Unter Hinweis auf die Einführung des europäischen Binnenmarktes sagte Kohl, eine sinnvolle Verkürzung der Ausbildungszeiten in Schule und Hochschule sei überfällig. Zuvor hatte der RCDS-Bundesvorsitzende in seinem Rechenschaftsbericht die Bundesregierung aufgefordert, ein konstruktives, in sich schlüssiges und sinnvolles Konzept zur Verkürzung der Ausbildungszeiten vorzulegen. Hierbei könne es sich im Bereich der Hochschulen jedoch lediglich um ein Angebot an die Studenten handeln; Zwangsmechanismen zur Durchsetzung von Regelstudienzeiten würden vom RCDS nach wie vor entschieden abgelehnt, da sie eine unerträgliche Einschränkung der Freiheit des Studiums bedeuteten.

In einem Beschuß zum Leitthema bekräftigte der RCDS, daß er sich in der Vergangenheit für die Ausweitung des Hochschulwesens ausgesprochen habe; zur Politik des Offenhaltens der Hochschulen sehe er keine Alternative. Die Beratungen des Leitantrages waren von einem Referat des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel eingeleitet worden. Vogel begrüßte nachdrücklich die Aktion des RCDS „Offensi-

ve für die Bildungspolitik“; es sei schädlich, wenn dieser für die Zukunftschancen der jungen Generation so wichtige Politikbereich in der öffentlichen Diskussion, aber auch in Parlamentsdebatten immer mehr in den Hintergrund gerate.

Kernaussage des Beschlusses ist, daß der RCDS es für verfehlt hält, angesichts vorhandener Akademikerarbeitslosigkeit die Politik der Öffnung der Hochschulen in Zweifel zu ziehen. Die Bewältigung der Akademikerarbeitslosigkeit sei in erster Linie eine Herausforderung an die Soziale Marktwirtschaft.

Nach Auffassung des RCDS muß vor allem die mittelständische Wirtschaft mehr als bisher Hochschulabsolventen einstellen und die hierin für sie liegenden Chancen wahrnehmen. Insbesondere über die Einrichtung von Praktikantenstellen sollten Unternehmen die Qualifikation künftiger Hochschulabsolventen kennenlernen, während die Studenten auf diese Weise einen Einblick in betriebliche Aufgaben erhielten. Der RCDS wird hierzu eine bundesweite Praktikantenbörse einrichten.

In weiteren Beschlüssen befaßte sich der RCDS unter anderem mit den Themen „Frauen an den Hochschulen“, „Verfaßte Studentenschaft“ sowie der Förderung von Auslandsstudiengängen. Hierbei bekräftigte der RCDS seine Forderung nach Einrichtung eines bundesweiten Studentenparlamentes und Beibehaltung der Verfaßten Studentenschaft mit Satzung und Finanzautonomie und hochschulpolitischem Mandat.

Der wiedergewählte Bundesvorsitzende Christoph Brand erklärte zum Abschluß der Bundesdelegiertenversammlung, der RCDS habe im vergangenen Jahr deutlich seinen Anspruch unterstrichen, der durchsetzungsfähigste politische Studentenverband der Bundesrepublik Deutschland zu sein. ■

Kanzler empfing DLRG-Präsidium

Bundeskanzler Helmut Kohl empfing am 13. März 1986 die Mitglieder des Präsidiums der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) und die Präsidenten der einzelnen Landesverbände zu einem Meinungsaustausch. Im Vordergrund des Gedankenaustausches standen die Schwimm- und Rettungsschwimmausbildung sowie der Rettungswachdienst. Die Repräsentanten der DLRG berichteten dabei im einzelnen über die Herausforderungen und Erfahrungen, die mit den wachsenden Wassersportaktivitäten verbunden sind. Sie verwiesen insbesondere auf die Notwendigkeit des Ausbaues länderübergreifender Rettungswachdienste und den verstärkten Einsatz von technischem Gerät. Helmut Kohl zeigte sich von den Leistungen der DLRG, der größten nationalen Wasserrettungsorganisation der Welt, beeindruckt und hob anerkennend hervor, daß es durch vorbeugende Maßnahmen in der Schwimm- und Rettungsschwimmausbildung gelungen sei, die Zahl der Ertrinkungstoten von jährlich 1 500 im Jahr 1950 auf unter 600 zu verringern.

Die Union wirft dem DGB Verhetzung vor

Die CDU betrachtet die vom DGB geplante „Volksbefragung“ zur Neuregelung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz als Versuch, das allein entscheidungsbefugte Parlament in seinen Rechten und seiner Verantwortung zu beschränken. CDU-Sprecher Jürgen Merschmeier erklärte, der DGB habe kein Recht, das Volk zu befragen. Nach allen Erfahrungen sei zu erwarten, daß die „Volksbefragung“ für die DGB-Funktionäre nichts anderes sei als eine „Weiterführung der DGB-Kampagne.“

Neuer Start mit 60

„Wir — die CDU — sind der Auffassung, daß eine Gesellschaft, die der Jugendlichkeit als allein seligmachendem Ideal nachläuft, endgültig passé ist. Die Union steht nach wie vor als Garant dafür, daß die finanziellen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben im Alter auch weiterhin stimmen. Wir haben damals die soziale Sicherung im Alter geschaffen. Die Sicherung der Pflege wird jetzt in Angriff genommen. Aber wir packen auch die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen an. Gerade die Gründung der zahlreichen Senioren-Unionen zeigt, daß wir — die Christlich Demokratische Union Deutschlands — Antworten auf neue Fragen finden.“

Dies führte Generalsekretär Heiner Geißler unter großem Beifall der Teilnehmer des Seniorenkongresses aus, der in Bonn unter dem Motto „Selbständig — Sicher — Geborgen — Für ein glückliches Alter“ stattfand. Mit rund 1500 Teilnehmern war dies die größte Zusammenkunft im Konrad-Adenauer-Haus.

Seine Nachfolgerin im Amt des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Rita Süssmuth, ging in ihrer Rede insbesondere auf Hilfen für Pflegebedürftige ein: Nach Jahren der Diskussion habe die Regierung Helmut Kohl in diesem Bereich erste Maßnahmen in Angriff genommen: „Noch in dieser Legislaturperiode werden gesetzliche Regelungen beschlossen, durch die Schwerstpflegebedürftige in ärztlicher Behandlung Anspruch erhalten auf Pflege durch ambulante Dienste und auf Sicherstellung der Pflege beim Ausfall der Pflegeperson.“

Gerhard Braun, MdB, seit Oktober 1985 Seniorenbeauftragter der CDU Deutschlands, stellte seine sieben Thesen zu den

„Zukunftschenken der älteren Generation“ vor. Der Kernsatz ist: „Eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht kann auf die Erfahrung des Alters — auf das Alterskapital — für die Gestaltung der Zukunft nicht verzichten. Wir brauchen die Zusammenarbeit von jung und alt, die Solidarität der Generationen.“

Der Nachmittag gehörte der Diskussion, die durch Kurzberichte über vorbildliche Initiativen angeregt wurde. So berichtete Frau Susanne Rochel über ihre Initiative „Altenheim Tersteegen-Wehme“, wo die Jugend im Einsatz für ältere Mitbürger steht. Professor Dr. H. P. Oltmanns stellte die Aktivitäten des weltweit arbeitenden Senioren-Experten-Service dar. Hans F. Natz referierte über ein Gütersloher Bau-
projekt unter seiner Regie, wo neue Wohnformen für ein Zusammenleben von jung und alt verwirklicht werden. ■

Albrecht eröffnet Nationalpark

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht hat in Wilhelmshaven den Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“ eröffnet. Dabei sagte Albrecht, nur dann, wenn die Bürger die Idee des Nationalparks mittrügen, gebe es eine Chance, dieses Gebiet intakt und gesund zu erhalten.

Der Nationalpark Wattenmeer war am 1. Januar 1986 von der niedersächsischen Landesregierung ins Leben gerufen worden. Er umfaßt einen Bereich von 240 000 Hektar, in dem drei Zonen unterschiedlicher Schutzzintensitäten festgelegt sind. Die Ruhezone, die mehr als 50 Prozent der Fläche einnimmt, umfaßt die „besonders schutzwürdigen Gebiete“. Die Erholungszone darf nur als Badestrand oder Kureinrichtung genutzt werden.

NEU!

Leitfaden: „Für Senioren – Mit Senioren“

**Senioren-Handbuch für die
praktische Arbeit der CDU**

Politik mit und für Senioren ist für die CDU nicht erst in letzter Zeit zu einem aktuellen Thema geworden. Wie schon in den 50er Jahren von der CDU unter Konrad Adenauer die soziale Sicherung im Alter aufgebaut wurde, so unterstützt und fördert die CDU heute die Forderung der älteren Generation, aktiv und selbstständig zu bleiben und versucht gleichzeitig, sie in die politische Meinungsbildung mit einzubeziehen.

Der erste Schritt: Senioren-Beauftragte und Senioren-Union

Natürlich beginnt eine erfolgreiche Politik gerade dort, wo Senioren leben und arbeiten. Überall im Lande hat die CDU täglich Gelegenheit, auf örtlicher Basis die besonderen Anliegen der älteren Generation aufzunehmen und zu vertreten; so kann sie z. B., als „Hilfe zur Selbsthilfe“, die Wahl von Senioren-Beauftragten oder – als weiteren Schritt – die Gründung einer Senioren-Union federführend anregen. Das neue Handbuch für die praktische CDU-Seniorenarbeit vor Ort geht hierauf ausführlich ein und gibt umfassende Informationen und Hinweise.

CDU-aktiv: Politik und Aktionen im täglichen Umfeld der Senioren

Nicht nur der große politische Rahmen muß stimmen, wenn die erfolgreiche Poli-



Für Senioren – Mit Senioren

**Senioren-Handbuch
für die praktische Arbeit der CDU**



tik der Regierung Helmut Kohl auch über die Bundestagswahl im Januar 1987 fortgesetzt werden soll.

Der Bürger spürt die Aktivitäten der CDU vor allem dann, wenn sie vor seiner eigenen Haustür geplant und durchgeführt werden. Hier ist also jeder von uns gefordert.

Der Leitfaden „Für Senioren – Mit Senioren“ gibt zahlreiche Beispiele für solche Aktionen, die von jedem CDU-Verband im Seniorenbereich durchgeführt werden können, und zeigt bis in die Einzelheit auf, wie es gemacht wird (zwei konkrete Beispiele finden Sie auf der nächsten Seite).

Mindestabnahme: 10 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 8,20 DM

Bestellnummer: 3740

Zwei Beispiele:

Aktion „Reise-Partner“

Viele ältere Menschen scheuen sich, alleine zu verreisen.

Ziel:

Ein Reise-Partner-Club soll helfen, daß sich Reisebegeisterte oder solche, die es werden wollen, zusammenfinden.

Maßnahmen:

- Die CDU bietet als ersten Schritt Kurzzeit-Reisen, z. B. in die Bundeshauptstadt Bonn oder zur Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf an (hierfür Kontakt mit dem örtlichen MdB-Büro aufnehmen).
- Das Reiseangebot erfolgt regelmäßig. Durch Umfragen unter den Teilnehmern werden weitere Ziele festgelegt.
- Die CDU versucht, Kommunalpolitiker mit auf die Fahrt zu schicken. Ohne



Zeitdruck und im direkten Gespräch läßt sich auf diese Weise gute politische Informationsarbeit leisten.

Senioren-Telefon

... Unter einer bestimmten Telefon-Nr. werden Hobby-Partner vermittelt, ganz gleich, ob nun ein Mitakteur für eine Laienspielgruppe, ein Partner zum Schach am Nachmittag, Mitspieler für eine Senioren-Faustballgruppe oder Teilnehmer für eine botanische Wochenendexkursion ins Umland gesucht werden.



Für ein glückliches Leben im Alter

**Seniorenkongreß am 19. März 1986
im Bonner Konrad-Adenauer-Haus**

Auf Einladung von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler trafen sich auf diesem Kongreß 1200 Senioren aus allen Teilen unseres Landes.

Unter dem Motto: „Selbständig — sicher — geborgen, für ein glückliches Leben im Alter“ wurde — im Zwiegespräch mit namhaften Politikern und Wissenschaftlern — zu aktuellen Fragestellungen im Bereich Seniorenarbeit erfolgreiche Wege aufgezeigt und nach neuen, gangbaren Modellen für die Zukunft gesucht. Über den Kongreß werden wir in einer der nächsten UiD-Dokumentationen ausführlich berichten.

Zu diesem Thema:

Broschüre: „Zukunftschancen der älteren Generation“

Der Seniorenbeauftragte der CDU, Gerhard Braun, MdB, stellt in dieser Broschüre soziale, wirtschaftliche und kulturelle Faktoren vor, die das Zusammenleben der Generationen heute bestimmen und formuliert Zukunftsperspektiven älterer Menschen. Zusätzlich werden konkrete „Maßnahmen vor Ort“ zur besseren sozialen Integration von älteren Mitbürgern vorgestellt.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 35,— DM
Bestellnummer: 3720



Gerhard Braun
Seniorenbeauftragter
der CDU Deutschlands

**Zukunfts-
chancen
der älteren
Generation**

CDU
sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Tue Gutes und rede darüber!

Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich

Auf die Qualität der Argumente kommt es in der Politik entscheidend an. Entscheidend ist aber auch, daß die Argumente bekannt werden. Wie man politische Grundsätze und tagespolitische Entscheidungen überzeugend in der Öffentlichkeit darstellt, zeigt das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung in seinen Trainings **Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich**.

Die nächsten Termine:

- 23. bis 26. April 1986
- 27. bis 30. April 1986

Teilnahmebedingungen: Teilnehmerbeitrag 60 DM (Wochenende 40 DM); Fahrtkosten werden erstattet (Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn / Eigenbeteiligung 20 DM); weitere Kosten entstehen nicht.

Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Bildungswerk/Schloß Eichholz
Postfach 1331, 5047 Wesseling, Telefon (02236) 707-1**

U*i***D**

10/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.